

sprachige Gemeinde in Tartu. Die meisten estnisch-sprachigen Gemeinden liegen auf dem Lande, darunter ca. 30 Gemeinden, die erst in den letzten Jahren registriert worden sind. Die „Mehrheit dieser Gemeinden“ existiert – nach russischer Einschätzung – nur auf dem Papier, ein einzelner estnischer Priester müßte bis zu einem „Dutzend dieser Gemeinden“ betreuen (Nezavisimaja gazeta v. 27.8.96). Die Registrierung von zwei Drittel aller Gemeinden auf die EAOK macht vor allem eines deutlich, daß es in dem Streit von Anfang an um kirchliches Eigentum ging, nicht um das Recht der Verwendung der estnischen Sprache im Gottesdienst. Dieses Recht hatten die Gemeinden schon vor der Revolution, wenn es sich um Missionsgemeinden mit estnischer Mehrheit handelte. Der jetzt vereinbarte Status quo führt dazu, daß eine Minderheit von ca. 25 Prozent der (estnisch-sprachigen) Gläubigen heute über einen enormen kirchlichen Grundbesitz verfügt: Etwa 5 Prozent des estnischen Territoriums mit umfangreichen Gebäuden war vor 1917 Eigentum der Russischen Kirche und aus deren Mitteln erworben worden. Das gilt speziell für das Pjuchtizer

Nonnenkloster mit seinem umfangreichen Landbesitz. Das Kloster war auch unter der Sowjetherrschaft nicht geschlossen worden. Etwa die Hälfte der Nonnen sind Estinnen, allerdings – soweit bekannt – aufgrund der Kalenderfrage (alter d. h. julianischer Kalender) moskauorientiert.

Nach wie vor ungeklärt bleibt aber die Frage, was mit dem Kirchenvermögen der Gemeinden passiert, die jetzt für Moskau votiert haben. Bisher weigerten sich die estnischen Behörden, dieses Vermögen auf das Moskauer Patriarchat zu registrieren. Man ist lediglich bereit, den Gemeinden Besitzrechte und „kostenlose Nutzung“ der Kirchen und Gebäude zuzugestehen. Nachdem es auch bei den Abstimmungen zu Unregelmäßigkeiten und massivem Druck gekommen ist, dürften Prozesse um Eigentums- und Nutzungsrechte die estnischen Gerichte in den nächsten Jahren beschäftigen. Der kirchliche Frieden ist sicher nicht dadurch hergestellt worden, daß sich zwei offizielle Delegationen der Patriarchate über die Aufteilung der Nutzungsrechte geeinigt haben, Minderheitenvoten gibt es ja auch noch.

Das Einlenken Moskaus überraschte

vor allem deswegen, da Moskau im Februar zunächst mit eindeutiger Sprache auf die Einmischung Konstantinopels reagiert und sich dabei auf das kanonische Recht der Orthodoxen Kirchen berufen hatte. Nun scheint es aber so, daß man die kirchlichen Beziehungen doch für wichtiger hält als das kanonische Recht. Die jetzt erzielte Übereinkunft muß auch deswegen überraschen, weil Konstantinopel zwischenzeitlich auch die ca. zwölf ungarisch-sprachigen orthodoxen Gemeinden unter seine Jurisdiktion genommen hat. Diese bilden seit 1945 ein selbständiges Dekanat des Moskauer Patriarchats.

Mit der Lösung dieses Problems wurde der in Berlin residierende Erzbischof Feofan des Patriarchats beauftragt. Vermutlich wird er nun auch die „estnische Lösung“ anstreben. Gefährlich könnte es für Moskau aber werden, wenn Konstantinopel sich in die ukrainischen Kirchenangelegenheiten einmischte: Immerhin unterstehen ukrainische Exilgemeinden in den USA und Kanada Konstantinopel schon seit Jahrzehnten. Es gibt also „historische Ansprüche“, die sich leicht auf die Ukraine anwenden lassen. G. S.

Zukunft in ungeteilter Solidarität

Die Botschaft des Katholischen Kongresses in Hildesheim

„Solidarität ist unteilbar“ – unter dieses Motto hatte das ZdK den „Katholischen Kongreß“ in Hildesheim vom 12. bis 15. September 1996 gestellt. Die etwa 2000 Teilnehmer prüften dieses Bekenntnis in bezug auf die Verhältnisse zwischen West und Ost, Nord und Süd sowie in Deutschland selbst.

In markigen Worten variiert die Schlußerklärung des Katholischen Kongresses in Hildesheim noch einmal die zentrale Botschaft, zugleich das Motto, unter dem die Veranstaltung stand: Solidarität ist unteilbar. Freiheit und Gerechtigkeit, beginnt die Erklärung, hätten nur eine Chance, wenn sie durch das ungeteilte Ja zur Solidarität mit allen Menschen untermauert würden, insbesondere zur Solidarität mit den Armen und Benachteiligten. „Unsere Welt hat eine Zukunft in ungeteilter Solidarität, oder sie hat keine Zukunft.“

Zwar wurde dieses Bekenntnis mit dem Verweis auf drin-

genden Handlungsbedarf, „besorgniserregende Entwicklungen“ verknüpft: unter der Oberfläche des Wohlstandes verschärften sich soziale Konflikte, Entbehrungen und Verelendung nähmen zu, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößere sich weltweit, aber auch in unserem Land dramatisch; vor allem aber stehe die eigentliche Bewährungsprobe für die freiheitliche demokratische Ordnung und die soziale Marktwirtschaft noch bevor. Einigen Teilnehmern wie Beobachtern des Kongresses, waren diese Aussagen jedoch zu allgemein, der Auftritt der Erklärung doch

zu leise, Aussagen und Forderungen zu blaß – zumindest gemessen an dem hohen Anspruch, mit dem die Veranstalter angetreten waren: „Unsere Anstöße aus den Foren, Arbeitskreisen und Diskussionsrunden sollen in Kirche und Staat Entwicklungen anregen und unterstützen, die helfen, daß Menschen weltweit ihr Leben in Würde führen können...“, so ZdK-Präsidentin *Rita Waschbüsch* bei der Eröffnung.

Ein politischer Kongreß ohne Parteipolitik

Der nur zufällige zeitliche Zusammenfall des Kongresses mit dem Bundestagsbeschluß über das sogenannte „Sparpaket“ der Bundesregierung beförderte die Erwartungen, die organisierte katholische Laienschaft werde in der aktuellen politischen Debatte um Ab- oder Umbau des Sozialstaates, um Gewinner und Verlierer der jetzt beschlossenen Sparmaßnahmen entschieden und konkret Stellung beziehen. Schließlich stand der Kongreß auch in einem weiteren Kontext, wurde das Thema „Solidarität mit den Benachteiligten weltweit“ in Hildesheim nicht zum ersten Mal auf die kirchliche Tagesordnung gesetzt: Mit der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz beginnt die letzte Phase der Abfassung eines gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (HK, März 1996, 123 ff.).

Gleichzeitig sind die Vorbereitungen für die für Juni nächsten Jahres in Graz geplante zweite Europäische Ökumenische Versammlung in vollem Gange, auch wenn in Hildesheim einmal mehr in einem Arbeitskreis zum Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung erneut das geringe Interesse und Engagement beim Gros der Christen, aber auch der Kirchenleitung beklagt wurde. Bei der von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland mit Blick auf Graz veranstalteten deutschen Ökumenischen Versammlung im Juni dieses Jahres in Erfurt bildete die Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft, die Ziele unseres Wirtschaftens und die notwendigen Veränderungen des Lebensstils in den Industrieländern einen wichtigen Schwerpunkt (vgl. HK, Juli 1996, 332 f.).

Einige Kongreßteilnehmer erinnerten auch an die „Sozialstaatscharta“ des „Sozialgipfels“ im Mai, vom Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden, darunter auch das Diakonische Werk und der Deutsche Caritasverband veranstaltet; an diesem hatten auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD-Ratsvorsitzende teilgenommen (vgl. HK, Juni 1996, 275 f.) In den Foren und Arbeitskreisen des Hildesheimer Kongresses fanden die Redner durchaus die in der offiziellen Schlußerklärung vermißten deutlichen Worte. Wie auch schon beim Konsultationsprozeß wurde dabei offenbar, wie weit das Spektrum der Positionen und Einschätzung beispielsweise zur aktuellen Sozialstaatsdebatte auch unter Christen ist. Die Kongreßleitung in Hildesheim wird sich bei der

Schlußredaktion der Erklärung am vorletzten Tag – lange war unklar, ob es die „Hildesheimer Botschaft“ überhaupt geben würde – aber ebenso erinnert haben, nämlich an die heftigen Vorwürfe gerade auch aus dem Lager der Regierungsparteien: die Kirchen ließen sich beim Sozialgipfel, ebenso wie beim Konsultationsprozeß parteipolitisch vereinnahmen. Unmißverständlich hatte man sie auf die Grenzen ihrer Zuständigkeit und Kompetenz in politischen Fragen hingewiesen. Offiziell und durchaus plausibel begründete *Rita Waschbüsch* die Vorsicht gegenüber allzu konkreten Aussagen: Der Kongreß sei ein eindeutig politischer, aber kein parteipolitischer gewesen. Bewußt habe man sich nicht durch die Tagespolitik einengen lassen wollen, die für Hildesheim gewählte Perspektive sei weiter gewesen.

Der Hauptakzent der Erklärung liegt statt dessen, einen zentralen Aspekt der Foren und Arbeitskreise des Kongresses aufnehmend, auf der Selbstverpflichtung der Christen zu ungeteilter Solidarität, die in der gläubigen Erfahrung der Solidarität Gottes mit den Menschen gründe. „Angesichts der Armen darf unser Glaube nicht zur Besänftigung und Vertröstung mißbraucht werden, um eigenes Nichtstun zu verdecken. Vielmehr sind wir als Kirche durch die prophetische Stimme der Armen und ihre Hoffnung herausgefordert, unsere Beiträge zur Überwindung von Armut, Ungerechtigkeit und Unfreiheit zu leisten.“ Dieses solidarische Handeln zugunsten der Armen, das wirtschaftliche Maßnahmen ebenso umfasse wie die Vermittlung von Bildung und die Entwicklung von *Strukturen* für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben erfordere von den Christen entschiedene Umkehr: die Abkehr von Selbstbezogenheit und Gruppenegoismus als notwendige Voraussetzung zur Teilhabe an der Verheißung des Reiches Gottes.

Diese alternativlose Verpflichtung der ganzen Kirche, der Gemeinden und des einzelnen Gläubigen gleichermaßen zu ungeteilter Solidarität prägte *Josef Homeyer*, der Bischof der gastgebenden Diözese und als Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz ein Mitinitiator und Motor des Kongresses, zu der an *Karl Rahner* erinnernden Formel: „Die Kirche von morgen wird eine mit den Notleidenden solidarische Kirche sein, oder sie wird nicht sein.“ Diese Formel wurde in Hildesheim vielfach variiert. Die vorrangige Option für die Armen sei der Preis, den wir für unsere eigene Katholizität zu zahlen hätten, unterstrich der Rottenburger Bischof *Walter Kasper* zur Begründung weltweiter Solidarität. Die Teilnehmer verschiedener Arbeitskreise, etwa aus dem Bereich von Flüchtlings- und Asylbewerber-Hilfsinitiativen, wendeten die Formel zur Forderung: Gemeinden und Kirchenleitung müßten sich bezüglich ihrer Option für die Armen sehr viel stärker profilieren.

In einer Zusammenfassung der Ergebnisse eines Arbeitskreises zu kirchlichen Dritte-Welt-Gruppen – alle Arbeitsgruppen waren zu einem solchen Fazit, präsentiert am letzten Tag auf dem Hildesheimer Marktplatz, aufgefordert worden – heißt es: „Wir alle müßten uns darüber verständi-

gen und dies auch in den Gemeinden immer wieder zur Sprache bringen, daß die soziale Praxis etwa der Dritte-Welt-Gruppen ein Ort auch der Erfahrung und Konstitution des Glaubens ist, nicht nur seiner Anwendung. Diese Arbeit gehört zum ‚Eigentlichen‘ des Glaubens.“ Auch die schon so oft geforderte Rückbesinnung der Kirchengemeinden auf ihre diakonische Dimension wurde in Hildesheim aufgegriffen.

Die insgesamt 60 Arbeitskreise bildeten das eigentliche Zentrum des Katholischen Kongresses, einer in dieser Form bisher einmaligen Veranstaltung in der katholischen Kirche in Deutschland. Ein Arbeitskongreß, bei dem der konzentrierte, erfahrungs- und praxisbezogene Austausch zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, Experten und einfach nur Interessierten im Mittelpunkt steht, sollte die Veranstaltung sein. Nachdem man den üblichen Zwei-Jahres-Rhythmus der Katholikentage unterbrochen hatte, lag der Kongreß zwischen dem 92. Deutschen Katholikentag in Dresden 1994 (vgl. HK, August 1994, 393 ff.) und dem für 1998 geplanten 93. Katholikentag in Mainz.

Kompetenz statt Prominenz

Vor allem die durch die Form der Arbeitskreise erst ermöglichte „intensivere und dichtere“ Auseinandersetzung (Bischof Homeyer) mit dem Thema unterschied den Katholischen Kongreß auch von den kleinen Katholikentagen bei denen, den Kirchentagen immer ähnlicher, das Ereignis als solches im Vordergrund steht.

Die Arbeitskreise ebenso wie alle anderen thematischen Veranstaltungen waren dabei in drei verschiedene Bewährungsfelder ungeteilter Solidarität geordnet: den Konflikt zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden, die Beziehung zwischen Ost und West sowie die Verhältnisse in unserem eigenen Land. Während die Veranstaltungen – Foren und Arbeitskreise – der ersten beiden Tage geschlossen waren, öffnete man den Kongreß nicht zuletzt mit einer „Infobörse“ (90 Gruppen, Initiativen, Verbände und Institutionen stellten ihre Arbeit auf dem Hildesheimer Markt vor) und einem „Solidaritätsfest“ auch den verhaltenen Hildesheimer Passanten.

Die eher „vertrauliche“ Atmosphäre, die den Kongreß prägte, war dabei nicht ganz freiwillig gewählt. Das ZdK hätte gerne auch 1000 Teilnehmer mehr begrüßt. 2000 waren nach Hildesheim gekommen, darunter 200 ausländische Gäste aus insgesamt 31 Ländern. Die Anmeldung zum Kongreß war sehr schleppend verlaufen, woraufhin man ohne besonders durchschlagende Wirkung etwas offensiver Werbung betrieb, um auch Interessierte in den Gemeinden vor Ort zu gewinnen.

Im Unterschied zu den Katholikentagen waren unter den Teilnehmern von Hildesheim die 40- bis 60jährigen stärker repräsentiert; die Jugend fehlte dafür fast vollständig. Für die politische Prominenz, die traditionell die Hallen der Ka-

tholikentage füllt, war der politische „Solidaritätskongreß“ sichtbar weniger attraktiv, sie beschränkte sich auf den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden (ZdK-Mitglied) *Wolfgang Thierse*, den früheren Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit *Erhard Eppler* und Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm*. Die von Beobachtern geprägte wohlmeinende Formel „Kompetenz statt Prominenz“ brachte dabei den von zahlreichen Teilnehmern besonders in bezug auf die Arbeitskreise mehrfach bestätigten positiven Eindruck auf den Punkt. Insgesamt war der Kongreß zunächst einmal eine Demonstration der Vielfalt kirchlicher solidarischer und darin auch parteinehmender Praxis, geleistet von den großen Hilfswerken ebenso wie von kleinen Initiativen und auch von vielen einzelnen Privatpersonen.

Solidarische Praxis verlangt immer eine moralische Entscheidung

Von früheren Katholikentagen dagegen vertraut waren einige Querelen im Vorfeld: auch in Hildesheim gab es quasi einen „Katholischen Kongreß von unten“, eine Parallel- oder Gegenveranstaltung, veranstaltet von der „Initiative Kirche von unten“ (IKvu), diesmal mitgetragen von den Initiatoren des Kirchenvolksbegehrens. Mit dem vom Vatikan amtsenthobenen Bischof *Jacques Gaillot* war es den beiden Basisinitiativen gelungen, einen Publikumsmagneten zu gewinnen. Mit seiner ebenso anschaulichen wie charmanteren Schilderung konkreter christlicher Solidarität mit den von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen und Asylbewerbern zog er geschätzte 300 Zuhörer in Bann, darunter auch zahlreiche Teilnehmer des „offiziellen“ Kongresses. Ausdrücklich stellte sich Bischof Gaillot auf einem Podium beim „Kirchenvolkstag“ hinter die Ziele und Forderungen des Kirchenvolksbegehrens. Für die Trennung der beiden Veranstaltungen schien er jedoch ebenso wie zahlreiche Teilnehmer an beiden „Kongressen“ kaum Verständnis aufbringen zu können.

Die für die kleineren Teilnehmerzahlen etwas überdimensionierten Podien der Foren vor und nach dem Tag der Arbeitskreise dienten gleichsam der Verständigung und Klärung der Grundlagen: den Bedingungen konkreter solidarischer Praxis, der Frage nach dem Spezifischen des christlichen Solidaritätsethos' und zuerst einmal der Lichtung des begrifflichen Dschungels, den die derzeit so wohlfeilen und oft so Unterschiedliches meinenden Solidaritätsappelle wachsen lassen. Einen zentralen Aspekt der Foren bildete dabei die Vergewisserung über den tatsächlichen Bestand an gesellschaftlichen Solidaritätspotentialen, an Sinn- und Wertressourcen für eine solidarische Praxis. Mehrfach setzten dabei die damit beauftragten Experten Fragezeichen hinter die landläufig verbreitete These des Solidaritätsverfalls, warnten vor kontraproduktivem Lamento und mahn-ten zumindest zur Differenzierung wie der Siegener Politologe *Gerhard Hufnagel* und der Vechtaer Religions- und

Kirchensoziologe *Karl Gabriel*. Letzterer entfaltete dabei seine These vom „solidarischen Individualismus“, vom Entstehen neuer Solidaritätsformen, die freilich im Kontext der postmodernen weltanschaulichen Pluralität von früheren qualitativ unterschieden seien.

Schwerer als der Appell zu mehr Nächstenliebe fiel die Antwort auf die Frage, wer denn eigentlich mein Nächster sei, der sich ein eigenes Forum widmete. In den Hildesheimer Arbeitskreisen kamen auch die Resignation und Frustration erzeugenden Überforderungängste derer zur Sprache, die unteilbare Solidarität tatsächlich zu leben suchen. Für die Frage nach Konsensfähigkeit und politischen Durchsetzungsmöglichkeiten solidarischen Denkens und Tuns warnen mit Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit der Limburger Bischof *Franz Kamphaus* zusammen mit dem theologischen Grundsatzreferenten des kirchlichen Hilfswerkes Misereor, *Peter Rottländer*: Solidarität in der Bevölkerung der reichen Industriestaaten könne nicht mit Horrorszenarien (z. B. Flüchtlingsströme) und dem sogenannten „wohlbegründeten Eigeninteresse“ quasi erzwungen werden. Eine solche Argumentation gehe zu Lasten derer, die für niemanden auf der Welt von Interesse, für niemanden eine Bedrohung seien. Sie aber brauchten unsere Solidarität in besonderem Maße. Solidarität bleibe somit immer eine ethische Entscheidung.

In den meist sach- und informationsbezogenen Auseinandersetzungen des Hildesheimer Kongresses verliefen Diskussionen nicht in polarisierenden Schemen: So konnte der Ingolstädter Wirtschaftsethiker *Karl Homann* mit Zustimmung rechnen, als er mahnte, stärker auf die politischen Durchsetzungsmöglichkeiten des christlich fundierten Solidaritätsethos zu achten. Ebenso sprach er mit der Kritik an der auch katholischen moralischen „Appellitis“ einem Teil seiner Zuhörer aus dem Herzen. Weniger durchsetzungsfähig war dagegen seine These: „Unter den Bedingungen von Markt und Wettbewerb muß christliche Ethik die ökonomische Handlungslogik intakt lassen und die moralischen Intentionen über die Handlungsbedingungen, also über Anreize, zur Geltung bringen.“ Sein Podiumsnachbar, der Kölner Theologe *Hans-Joachim Höhn*, befürchtete – bei weitgehender Zustimmung – erneute problematische Einseitigkeiten, sollten moralische Intentionen ausschließlich ökonomischer Logik folgend durchgesetzt werden. Dagegen brachte er den nicht in Kosten-Nutzen-Kalkülen zu verrechnenden „Rest“ menschlicher, christlicher Moralität in Anspruch.

Bei der Ursachenerforschung und der Frage nach möglichen Auswegen aus der mit gesellschaftlichen Entsolidarisierungstendenzen einhergehenden Krise des deutschen Modells, der Gefährdung der sozialen Marktwirtschaft, dominierte einmal mehr das neue Zauberwort der „Zivil- oder Bürgergesellschaft“, wurden reichlich Anleihen beim Gedankengut der US-amerikanischen „Kommunitaristen“ gemacht. Kritische Solidarität wurde dabei auch mit den Verantwortlichen in der Politik gefordert, nicht zuletzt damit diese sich wieder traute, unpopuläre Forderungen zu ver-

treten, zu regieren und zu entscheiden. Selbstkritisch unterstrich dabei *Annette Schavan*, Kultusministerin von Baden-Württemberg und Vizepräsidentin des ZdK, die Politik habe über Jahrzehnte einen schweren Fehler gemacht, indem sie den Eindruck erweckt habe, der Staat selbst könne Subjekt solidarischen Handelns sein.

Auf die konkreten Aktivitäten solidarisch arbeitender Gruppen bezogen und zielorientiert sollten die Arbeitskreise sein, die Problemlagen der jeweiligen Arbeit beschrieben und direkte Lösungsansätze erarbeitet werden. Damit ging es vor allem um Motivation, Vernetzung und Informationsaustausch zwischen den in den verschiedenen Solidarfeldern Engagierten, von der Arbeit in sozialen Brennpunkten bis zur Hilfe für Frauen als Opfer von kriegerischer Gewalt. Mehrheitlich schienen die Arbeitskreise in Hildesheim dieser Aufgabenstellung gerecht geworden zu sein.

Daß dabei einige Problemfelder von den solidarischen Katholiken erst erschlossen werden müssen, erfuhren etwa die Verantwortlichen eines Arbeitskreises zur AIDS-Problematik, zu dem sich nur fünf Kongreßteilnehmer einfanden. Der notwendigen Vergewisserung über die Bedingungen und Realitäten derer, mit denen man sich solidarisch verbunden weiß, aber auch der Frage, welche „Ideen“ und Traditionen Solidarität überhaupt begründen können, widmeten sich vor allem Arbeitskreise zum Themengebiet „West-Ost“: den ethnischen, interkonfessionellen und interreligiösen Spannungen in den postkommunistischen Ländern, den mit den Transformationsprozessen verbundenen psychosozialen Problemen.

Allianzen bilden

Den rasanten Solidaritätsverfall in den nun am schnellen Konsum orientierten Gesellschaften ihrer Länder beklagten dabei vor großem Publikum auch der ehemalige slowakische Ministerpräsident *Jan Čarnogursky* und der frühere polnische Außenminister *Wladyslaw Bartoszewski*. Dabei zogen die osteuropäischen Gäste ebenso wie die in West-Ost-Partnerschaften Engagierten ein gemeinsames Fazit, das zugleich ein Appell war: Solidarische Hilfe des Westens mit dem Osten dürfe sich nicht auf die materielle Ebene beschränken. Gerade in der jetzigen Situation käme alles auf die Begegnung von Mensch zu Mensch, auf persönliche Kontakte an. Gleichzeitig machten sie sich kaum Illusionen über das immer noch geringe Interesse an solchen Kontakten, auch in den Kirchengemeinden Westeuropas.

Auf einem Forum, das nach dem Preis fragte, der für einen unteilbaren Solidarität Rechnung tragenden Lebensstil zu zahlen sei, hatte nach sehr persönlichen Statements des Podiums der Trierer Weihbischof und Geistliche Assistent des ZdK, *Leo Schwarz*, die Anwesenden aufgefordert, Allianzen und Gemeinschaften zu bilden. Die vielen kleinen Schritte hin zu einem anderen Lebensstil seien kaum alleine zu leisten.

Diese Aussage weist zugleich auf die Bedeutung des Hildes-

heimer Kongresses hin. Gerade in einem Umfeld und einer Zeit, in der solidarische Praxis erst wieder neu entdeckt werden muß, in der auf der ganzen Welt, aber auch direkt vor der Haustüre Menschen warten, daß man sich ihrer solidarisch annimmt, ist der Austausch und die Vernetzung der Gleichgesinnten, der in gleicher Sache Engagierten wichtig und motivierend. In Hildesheim war dafür Raum.

Die Veranstalter selbst sprachen von einem gelungenen Experiment, wollten sich jedoch in der Frage, ob es weitere Katholische Kongresse geben werde, nicht festlegen. Die ZdK-Präsidentin bekräftigte zunächst nur, am zweijährigen Rhythmus der Katholikentage festhalten zu wollen. Wird die

Frage nach einer Fortsetzung geprüft, muß zum einen mitbedacht werden, wie wenig Resonanz der Kongreß in den Gemeinden vor Ort gefunden hat, zum anderen daß ein Gutteil der in Hildesheim Anwesenden, darunter zahlreiche „Profis“, auch über andere Formen des Austausches verfügen. Dennoch könnten sich weitere Katholische Kongresse, Mischformen zwischen Fachtagung und Katholikentag, als dienlich und sinnvoll erweisen, vorausgesetzt, sie halten das hohe Niveau der Auseinandersetzung und sind zugleich offen und ausgerichtet für Interessierte, die nicht zum Insiderzirkel der Verbände, Hilfswerke, Initiativen und schon bestehenden Gruppierungen gehören. *Alexander Foitzik*

Auf Profilsuche

Zur Situation der evangelischen Kirchen in Deutschland

Von den „Umstellungskrisen“, mit deren Bearbeitung besonders die evangelische Kirche beschäftigt sei, sprach der Berliner Bischof Wolfgang Huber in einem Vortrag vor einigen Monaten. Die in der EKD zusammengeschlossenen Kirchen müssen derzeit mit abnehmenden Mitgliederzahlen, knapper werdenden Finanzmitteln, inneren Spannungen und Problemen bei ihrer Selbstdarstellung nach außen fertig werden.

Anfang November trifft sich die 8. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ihrer siebten und gleichzeitig letzten Tagung. Im nächsten Jahr wird die – um ein Viertel verkleinerte – 9. Synode zusammentreten und dann auch einen neuen Rat der EKD sowie dessen Vorsitzenden wählen. Die derzeit noch amtierende Synode war die erste gesamtdeutsche seit der Gründung des DDR-Kirchenbundes im Jahr 1969. Nach dem Beitritt der früheren DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde am 27. Juni 1991 die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland wiederhergestellt (vgl. HK, August 1991, 378 ff.). Seither zählt die EKD 24 Gliedkirchen mit zusammen ca. 28 Millionen Mitgliedern, was 35 Prozent der deutschen Bevölkerung entspricht.

Fünf Jahre nach der kirchlichen Wiedervereinigung ist die institutionelle und staatskirchenrechtliche Integration der östlichen Gliedkirchen weitgehend unter Dach und Fach. So haben alle neuen Bundesländer mit Ausnahme von Brandenburg Verträge mit den jeweiligen evangelischen Kirchen abgeschlossen, die in Kontinuität zu entsprechenden westdeutschen Staatskirchenverträgen stehen. Sie regeln die für das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland seit dem Ende des Staatskirchentums „klassischen“ Materien wie den Religionsunterricht, die Theologenausbildung, die Kirchensteuer und Staatsleistungen an die Kirche. Für die nach der Wiedervereinigung besonders strittige evangelische *Militär-*

seelsorge wurde im Frühjahr 1996 zwischen der Bundesrepublik und der EKD eine Rahmenvereinbarung für die neuen Bundesländer getroffen. Sie ist bis Ende 2003 befristet und sieht vor, daß in den neuen Ländern hauptamtliche Militärseelsorger als Kirchenbeamte (nicht, wie im Militärseelsorgevertrag von 1957 geregelt, als Staatsbeamte auf Zeit) eingesetzt werden können.

Die Mitgliederzahlen werden sinken

Unterschiedlich ist nach wie vor das *religiös-weltanschauliche Umfeld* für die evangelischen Kirchen in den westlichen Bundesländern einerseits und den östlichen andererseits. In den alten Bundesländern bilden die Kirchenmitglieder die Bevölkerungsmehrheit, in den neuen dagegen nur eine Minderheit. Den Gliedkirchen der EKD gehören in den neuen Bundesländern etwas weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung an; den christlichen Kirchen insgesamt ca. 29 Prozent, während es im alten Bundesgebiet knapp achtzig Prozent sind.

Das Referat Statistik im EKD-Kirchenamt kam Ende 1994 in einer Übersicht zur Entwicklung der *Kirchenzugehörigkeit* in Deutschland im Blick auf die evangelische Kirche zum Schluß, sie müsse infolge der zu erwartenden negativen natürlichen Bevölkerungsbewegung mit sinkenden Mitglie-